Wiebke Knell

KNELL: BEIM KINDERSCHUTZ IST NOCH LANGE NICHT ALLES GUT

08.10.2024

- **Beauftragter kann Probleme nicht lösen**
- **Beratungsstellen sind chronisch überlastet**
- **Kinderärztliche und psychotherapeutische Versorgung muss verbessert werden**

„Es ist noch lange nicht alles gut“ – zu diesem Schluss kommt Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, nach der Regierungserklärung von Familienministerin Diana Stolz zum Thema Kinderschutz heute im Landtag. Die Ministerin hat ihre Regierungserklärung unter die Überschrift „Hinsehen und handeln“ gestellt. Trotz einer langen Aufzählung vermeintlicher Leistungen habe die Ministerin einige wesentliche Punkte nicht angesprochen. Tatsächlich gebe es in einigen Feldern noch Handlungsbedarf, mahnt Knell. „Ob da ausgerechnet die von der Ministerin angekündigte Beauftragung einer Person für das Thema Kinderschutz zielführend und gewinnbringend ist, darf zumindest in Frage gestellt werden. Nicht alles kann ein von der Landesregierung ins Schaufenster gestellter Beauftragter lösen.“ Abgesehen davon, dass es Ansprechpersonen für die Belange des Kinderschutzes schon zur Genüge geben sollte, sei das Geld für eine solche Stelle bei den existenten und chronisch überlasteten Beratungsstellen besser aufgehoben. „Die hessischen Familien- und Erziehungsberatungsstellen müssen ausgeweitet und vor allem personell verstärkt werden, denn sie sind komplett überlaufen. Hilfesuchende in Krisen- und Notsituationen müssen viele Wochen oder gar Monate auf einen Termin warten, der bisweilen dann noch wegen Personalmangels abgesagt wird“, erklärt Knell. Sie sieht darüber hinaus deutlichen Verbesserungsbedarf bei der kinderärztlichen Versorgung. „Beim Kampf gegen den Ärztemangel ist die Landesregierung bislang blank. Gerade in der Kindermedizin ist der Mangel drastisch. Eltern müssen darum kämpfen, überhaupt noch eine Praxis zu

Abgerufen am 08.11.2026 unter https://wiebke-knell.fdp-hessen.de/?p=10995

finden, die ihr Kind behandelt. Das führt dazu, dass sogar die U-Untersuchungen nicht mehr pünktlich erfolgen und nachgewiesen werden können. Hier muss die Landesregierung dringend aktiv werden“, fordert Knell. Gleiches gelte für psychotherapeutische Angebote für Kinder und Jugendliche: „Die Nachfrage nach Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche bei Psychologen, Psychotherapeuten und psychotherapeutischen Kliniken ist deutlich angestiegen. Doch in vielen Regionen gibt es nicht genügend Psychotherapeuten, die sich auf die Behandlung von Jugendlichen spezialisiert haben. Das führt oft zu extrem langen Wartezeiten für Termine“, kritisiert Knell. „Die Landesregierung muss gegensteuern: das heißt Ausbildungsplätze fördern und die Arbeitsbedingungen für Psychotherapeuten verbessern.“

Abgerufen am 08.11.2026 unter https://wiebke-knell.fdp-hessen.de/?p=10995